

## Beschlussauszug

**Sitzung des Rates der Stadt Braunschweig - Hybridsitzung vom 05.11.2024**

---

<b>Anlass:</b>	Sitzung
<b>Zeit:</b>	14:00 - 19:47
<b>Raum, Ort:</b>	Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

---

<b>Ö 4.1</b>	<b>Miteinander - Füreinander - Strategie gegen Einsamkeit- Antrag der CDU-Fraktion</b>	<b>24-24375</b>
--------------	--	-----------------

---

Beschlussart: geändert beschlossen

Ratsvorsitzender Graffstedt weist darauf hin, dass zu dem Antrag 24-24375 die Stellungnahme 24-24375-01 sowie eine geänderte Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vorliegen. Ratsherr Wendt bringt den Antrag in der Fassung der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit ein und begründet diesen.

*Während der Aussprache übernimmt stellvertretende Ratsvorsitzende Kluth von 14:54 Uhr bis 15:02 Uhr die Sitzungsleitung. Danach übernimmt Ratsvorsitzender Graffstedt wieder die Sitzungsleitung.*

Im Anschluss an die Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über den Antrag 24-24375 in der geänderten Fassung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit abstimmen.

**Beschluss (geändert):**

Die Verwaltung wird gebeten, eine lokale Strategie gegen Einsamkeit zu erarbeiten und dem Rat über seine Gremien vorzustellen.

Dabei soll Folgendes berücksichtigt werden:

**1. Ein Dialogforum „Einsamkeit“ wird analog zum Dialogforum Demenz durchgeführt werden.** Dieses dient unter Einbeziehung breiter gesellschaftlicher Gruppen (u.a. Vereine, Seniorenrat und -büro, Jugendparlament und -hilfe, kommunal bestehende Unterstützungsangebote wie Nachbarschaftshilfe und -zentren, Mehrgenerationenhaus, Sozialverbände und Freie Wohlfahrtspflege, Politik und Verwaltung) als Auftakt, um die erforderliche Sensibilität für das Thema der zunehmenden gesellschaftlichen Vereinsamung insbesondere bei jungen und älteren Menschen zu schärfen.

2. Grundlagen der bundesweiten „Strategie gegen Einsamkeit“ und des dazugehörigen „Kompetenznetzwerkes gegen Einsamkeit“ sowie des entsprechenden Landesprogramms sollen beim weiteren Verfahren berücksichtigt werden. Ziel muss es sein, vorhandene Akteure, Strukturen und Angebote so zu vernetzen, dass sich die Stadtgesellschaft der Herausforderung der Vereinsamung erfolgreich stellen kann, ohne gänzlich neue Strukturen und Zuständigkeiten zu schaffen.

3. Während des Prozesses der Strategieentwicklung und in der nachfolgenden Umsetzung ist der Ausschuss für Soziales und Gesundheit durch eine kontinuierliche Unterrichtung einzubinden.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig beschlossen